

Zeitschrift **Frauenfragen**  
Revue **Questions au féminin**  
Rivista **Questioni femminili**



**Frauenfragen 4.0**  
**Digitalisierung und**  
**Geschlecht**

**Questions au féminin 4.0**  
**Genre et numérique**

**Questioni femminili 4.0**  
**Digitalizzazione**  
**e genere**



**Zum Titelbild**

Reclaim! Die erste programmierende Person war Ada Lovelace. Cyborg Medusa eignet sich die Informationstechnik wieder an.

**Illustration de couverture**

Reclaim! La première personne à programmer était Ada Lovelace. La Méduse Cyborg se réapproprie la technologie de l'information.

**Illustrazione di copertina**

Reclaim! La prima persona a occuparsi di programmazione è stata Ada Lovelace. Il cyborg medusa si sta riappropriando della tecnologia dell'informazione.

Mehr zu den Bildern im Heft: S. 16  
Plus d'infos sur les illustrations: p. 17  
Maggiori informazioni sulle immagini pubblicate nella rivista a pag. 18

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF ist eine ausserparlamentarische Kommission des Bundes. Sie analysiert die Situation der Frauen in der Schweiz und setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter ein.

La Commission fédérale pour les questions féminines CFQF est une commission extraparlamentaire de la Confédération. Elle analyse la condition des femmes en Suisse et travaille en faveur de l'égalité des sexes.

La Commissione federale per le questioni femminili CFQF è una commissione extraparlamentare della Confederazione. Essa analizza la situazione delle donne in Svizzera e si impegna a promuovere la parità tra i sessi.

## «Wir müssen die Digitalisierung als gesellschaftspolitisches Anliegen verstehen»

Vor gut zehn Jahren wurde auf eidgenössischer Ebene die «Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit» (Parldigi) gegründet. Sie beobachtet und begleitet digitale Entwicklungen und berät Interessierte auf Bundesebene. Wir haben mit der Co-Präsidentin **Edith Graf-Litscher** über die Herausforderungen der Digitalisierung gesprochen.

Interview: Bettina Fredrich



Edith Graf-Litscher

**Frau Graf-Litscher, Sie sind Co-Präsidentin der «Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit» (Parldigi). Wie ist die Gruppe entstanden?**

Als ich 2005 in den Nationalrat gewählt wurde, hat sich noch kaum jemand mit der Digitalisierung beschäftigt. Hanna Muralt Müller, die damalige stellvertretende Bundeskanzlerin, motivierte mich, diese Lücke zu füllen. Gemeinsam mit Matthias Stürmer als Geschäftsführer (heute Institutsleiter für digitale Nachhaltigkeit an Universität Bern) und meinem Ratskollegen Christian Wasserfallen (FDP) gründete ich die überparteiliche «Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit». Das Kernteam setzt sich heute aus einem Mitglied jeder Fraktion zusammen. Über das direkte Gespräch mit Entscheidungsträger\*innen in der Bundesverwaltung haben wir einiges erreicht. Heute sind wir die Anlaufstelle für Bundesverwaltung und Bundesrat, wenn es darum geht, Positionierungen des Parlaments zu digitalen Fragen abzuholen.

Zu Beginn der Digitalisierung haben sich fast ausschliesslich Unternehmer\*innen geäussert und meist vom technischen Nutzen gesprochen. Diese Diskussion versteht kaum jemand.

Um die Entwicklung zu begleiten und zu steuern, müssen digitale Fragen gesellschaftspolitisch diskutiert werden, sowohl partei- als auch geschlechtsübergreifend. Wir müssen den Nutzen für die Bevölkerung aufzeigen.

**Weshalb trägt die Gruppe den Titel «Digitale Nachhaltigkeit»?**

Anfangs ging es hauptsächlich um nachhaltige Beschaffungen. Wir haben die freihändischen Beschaffungen des Bundes kritisiert, wenn es hiess: «Das kann eben nur Microsoft.» Wir setzen uns dafür ein, dass digitale Produkte öffentlich zugänglich sind.

«Die Digitalisierung ist nicht wie das Wetter, das wir akzeptieren müssen.»

Ein aktuelles Beispiel für digitale Nachhaltigkeit ist die Covid-App. Wir haben den Prozess eng begleitet, um sicherzustellen, dass Open Access, Open Data und Open Source<sup>1</sup> gewährleistet sind, dass also beispielsweise der Quellcode offen liegt und der Datenschutz gewährleistet ist.

**Im neuen Legislaturprogramm 2019–2023 des Bundesrates soll die Digitalisierung mehr Gewicht erhalten. Die Leitlinie 1 lautet: «Die Schweiz sichert den Wohlstand und nutzt die Chancen der Digitalisierung». Sind Sie zufrieden damit?**

Meines Erachtens ist es wichtig, dass die Leitlinie vorgegeben ist. Aber ein Legislaturprogramm hat immer eine gewisse Flughöhe. Für uns ist letztlich die praktische Umsetzung zentral. Es braucht jemanden, der die Leitlinie in engem Austausch mit Bundesverwaltung und Bundesrat konkretisiert und kontrolliert. Genau das ist unsere Aufgabe.

**Beim Studium diverser Berichte des Bundesrates, des Staatssekretariat für Wirtschaft SECO oder des Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI<sup>2</sup> fällt auf, dass Geschlecht kaum Thema der Digitalisierungsdebatte auf eidgenössischer Ebene ist. Ist die Schweiz bezüglich der Digitalisierung geschlechterblind?**

Ich glaube, es läuft bei der Digitalisierung nicht anders als sonstwo. Aus Gleichstellungsperspektive muss man die Lücken und Herausforderungen aufzeigen. Besonders im Bereich der künstlichen Intelligenz und der Automatisierung stehen wir heute an einem Wendepunkt. Frauen müssen sich verstärkt eingeben. Denn Technologie ist nicht neutral, Frauen dürfen nicht fehlen und ich appelliere deshalb auch an sie. Die IT ist ein sehr spannendes Berufsfeld. Wenn Frauen nicht Teil davon sind, dann kommt es zu Diskriminierungen. Dasselbe gilt auch für andere Kategorien wie «race» und Religion. Wir brauchen die Diversität in der Entwicklung der Technologie. Es darf uns nicht egal sein, was hier passiert. Wir müssen die Digitalisierung als gesellschaftspolitisches Anliegen anstatt als rein technisches Thema verstehen.

«Es gibt keine Entwicklung ohne oder jenseits der Digitalisierung.»

**Studien zeigen heute: Diejenigen Menschen, welche die Digitalisierung gestalten, sind vor allem männlich, weiss und gut bezahlt. Die entstehenden technischen Produkte lassen daher die Perspektive von Frauen, nicht-weissen und geringverdienenden Menschen ausser Acht oder sind sogar diskriminierend. Was tut die Politik, um dies zu ändern?**

Man versucht schon lange, Frauen für technische Berufe zu gewinnen. Um das zu erreichen, muss jedoch aufgezeigt werden, was aktuell geschieht. Das Desinteresse der Frauen bezüglich der Digitalisierung kann die Entwicklung nicht stoppen. Es wird nicht einfach alles gut. Denn die Prozesse laufen bereits. Es gibt keine Entwicklung ohne oder jenseits der Digitalisierung. Es gilt deshalb, digitale Entwicklungen zu verstehen und kritische Fragen zu stellen, speziell auch hinsichtlich digitaler Ethik. Es braucht ein anderes Anforderungsprofil, um Frauen für technische Berufe zu gewinnen, nicht einfach den Computerfreak, sondern Menschen, die ethische Fragen einbringen, die Algorithmen gestalten und Diskriminierungen feststellen. Ich bin auch keine Computer-Fachfrau, aber ich kann die richtigen Fragen stellen.

**Lebenslanges Lernen wird im Kontext der Digitalisierung immer wichtiger. Ein Blick in die Statistik zeigt derweil: Von Weiterbildungen profitieren heute vorab gut gebildete, Vollzeit arbeitende Erwerbstätige. Geringverdienende, Teilzeit arbeitende Frauen bleiben aussen vor. Akzentuiert die Digitalisierung diese Zweiklassengesellschaft?**

Meines Erachtens sind wir auch bei der Weiterbildung an einem Wendepunkt angelangt. Heute liegt die Verantwortung für Weiterbildung in den Händen der Arbeitnehmenden. Aber eine alleinerziehende Mutter, die Teilzeit erwerbstätig ist, kann nicht auch noch zweimal die Woche einen Abendkurs absolvieren. Wir erkennen heute die Chancen der Digitalisierung. Insgesamt können wir mit der Technik einen Produktivitäts- und Zeitgewinn erwirtschaften. Dieser muss aber an die Gesellschaft zurückfliessen, beispielsweise in Form von Weiterbildungen während der Arbeitszeit und unter Mit-

finanzierung durch die Arbeitgebenden und die öffentliche Hand. Ein gutes Instrument sind zudem Standortbestimmungen. Schon heute gibt es Kantone und Unternehmen, die ihren Arbeitnehmenden ab 40 Jahren regelmässige Standortbestimmungen anbieten. Denn einfach wild drauflos irgendeine Weiterbildung zu absolvieren, bringt nichts. Weiterbildungen müssen zielgerichtet sein. Insbesondere, wenn sich ein Berufsfeld sehr rasch ändert. Das habe ich selbst erlebt. Ich bin ursprünglich Bahnhofsvorständin. Meine Lehre habe ich in einem damals noch mechanischen Stellwerk absolviert. Die technologische Entwicklung in meinem Beruf war rasant: von der Bedienung von Hand, über die mechanische und die elektrische hin zur elektronischen Steuerung. Meiner Meinung nach müssten heute über 40-Jährige alle fünf Jahre das Recht auf eine Standortbestimmung haben. Das könnte man über Weiterbildungs-Gutscheine organisieren.

### **Braucht es ein Weiterbildungs-Obligatorium?**

Ich denke, es ist eher kontraproduktiv, wenn man Menschen zu Weiterbildungen zwingt. Aber man kann mit einer Finanzierung durch die öffentliche Hand und sozialpartnerschaftlichen Lösungen sicherstellen, dass Weiterbildungen für alle machbar werden.

### **Sie sagen, die Produktivitätsgewinne der Digitalisierung müssen in die Gesellschaft zurückfliessen. Derzeit erzielen jedoch vorab grosse Konzerne dank der Digitalisierung immense Gewinne, ohne diese zu versteuern.**

Sie haben recht, die Besteuerung der Grosskonzerne ist zentral. Häufig haben diese ihren Sitz jedoch nicht in der Schweiz. Die internationale Zusammenarbeit, unter anderen mit der EU, ist deshalb auch wichtig. Vermehrt stellen wir heute aber auch fest, dass die Einnahmen von unterschiedlichen IT-Unternehmen kommen, nicht mehr ausschliesslich von den grossen Playern.

### **Der Bundesrat betont in seinen Berichten das Potenzial des Home-Office im Kontext der Digitalisierung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde einfacher. Kritikerinnen warnen aber auch vor einer Entgrenzung der Erwerbsarbeit respektive davor, dass sich die Flexibilisierung nicht zum Nutzen der Arbeitnehmenden, sondern zum Anspruch an sie wandelt. Wie schätzen Sie das ein?**

Ich spreche am liebsten vom mobilen Arbeiten; sei es im Zug, zu Hause oder in einem Co-Working-Space. Hier gilt es Regelungen zu treffen, auch hinsichtlich des Arbeitnehmerschutzes. Die Corona-Krise hat Stärken und Schwächen des mobilen Arbeitens aufgezeigt. Viele waren im Home-Office zufrieden. Oft entsprach die Arbeitsbelastung jedoch nicht ganz dem *courant normal*, viele hatten weniger zu tun als vorher. Es wurden aber auch Risiken sichtbar. So waren es überwiegend Frauen, die neben dem Home-Office auch das Home-Schooling und die Kinderbetreuung sichergestellt haben. Ihre Belastung war immens. Wir müssen die Diskussion über das mobile Arbeiten auf gesellschafts- und gleichstellungspolitischer Ebene führen. Es gibt zudem sozialpartnerschaftliche Fragen, welche branchenspezifisch beantwortet werden müssen, genauso wie Arbeitszeit- und Lohnfragen. Mobiles Arbeiten schenkt einerseits Freiheiten, verlangt aber andererseits auch klare Zuständigkeiten und Abgrenzungen. Es ist wichtig, hier Lösungen zu finden, die uns volkswirtschaftlich weiterbringen.

### **Sehen Sie die Digitalisierung eher als Chance oder als Risiko für die Gesellschaft?**

Die Digitalisierung ist ganz klar eine Chance. Vor allem, weil wir sie entgegen der landläufigen Meinung mitgestalten und steuern können. Dafür aber müssen wir sie verstehen und uns überlegen, was wir wollen, in welche Richtung es gehen soll. Es braucht immer den Menschen und die Maschine, aber die Rollen müssen geklärt und gestaltet werden. Die Digitalisierung muss in erster Linie den Menschen nützen und nicht dem Profit.

.....  
«Die Digitalisierung muss in erster Linie den Menschen nützen und nicht dem Profit.»

### Was wünschen Sie sich vom Bundesrat?

Ich wünsche mir, dass der Bundesrat seine Entscheidung zum Wohle der Bevölkerung fällt. Die Lösungen müssen den Menschen nützen, den Standort Schweiz stärken und in Bezug auf Diversity breit abgestützt sein, damit es nicht zu Diskriminierungen kommt.

### Wo müsste die EKF aktiv werden?

Die EKF kann die aktuelle Entwicklung aufzeigen und die Bevölkerung dafür sensibilisieren. Die Digitalisierung ist nicht wie das Wetter, bei dem wir akzeptieren müssen, dass es regnet oder die Sonne scheint. Die EKF kann aufzeigen, dass die Digitalisierung gestaltet werden kann. Gerade in Bezug auf ethische Aspekte kann die EKF einen glaubwürdigen Beitrag leisten.

---

**Bettina Fredrich**, Dr. phil.-nat., Geografin und Ökonomin, ist Leiterin des Sekretariats der Eidg. Kommission für Frauenfragen EKF.

### Anmerkungen

- 1 Dies bedeutet, dass Forschungsergebnisse und Daten aus Wissenschaft und Verwaltung frei verfügbar und zugänglich sind (Open Access und Open Data) und dass Software mit offenem Quellcode und unter Lizenzen zur Verfügung gestellt wird, welche es ermöglichen, diese frei weiterzuentwickeln (Open Source).
- 2 Bundesrat: Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken, 2017; SBF: Herausforderungen der Digitalisierung für Bildung und Forschung in der Schweiz, 2017; SBF: Aktionsplan Digitalisierung: Bildung und Forschung sollen gestärkt werden, 2017; Schweizerische Eidgenossenschaft: Strategie Digitale Schweiz, 2018; Schweizerische Eidgenossenschaft: Aktionsplan Digitale Schweiz, 2018; SECO: Die Entwicklung atypischer Arbeitsverhältnisse in der Schweiz, 2017.

Die «**Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit**», kurz Parldigi, wurde 2009 gegründet und besteht heute aus knapp 40 Mitgliedern fast aller im Parlament vertretener Parteien. Das Co-Präsidium nehmen Edith Graf-Litscher (Nationalrätin SP) und Franz Grüter (Nationalrat SVP) ein. Im Kernteam sind fünf Personen aus verschiedenen Fraktionen vertreten. Die Gruppe hat im Juni 2020 eine Stellungnahme zu den Lehren aus der Corona-Krise für die Digitalisierung publiziert. Darin fordert sie unter anderem die Umsetzung von Open Access und Open Data in Verwaltung und Wissenschaft, die Mitwirkung der Gesellschaft und rasche Pläne zur Digitalisierung von Verwaltung, Parlament und Justiz.

## «Nous devons considérer la transformation numérique comme un projet de société»

**Des parlementaires fédéraux ont créé le «Groupe Parlementaire pour une Informatique Durable» (Parldigi), il y a une bonne dizaine d'années. Le Parldigi suit les évolutions dans le domaine du numérique et dispense des conseils au niveau fédéral. Nous avons parlé des défis de la transformation numérique avec sa co-présidente, Edith Graf-Litscher.**

Entretien: Bettina Fredrich



Edith Graf-Litscher

**Mme Graf-Litscher, vous co-présidez le «Groupe Parlementaire pour une Informatique Durable» (Parldigi). Dans quelles circonstances ce groupe est-il né?**

Lorsque j'ai été élue au Conseil national en 2005, presque personne ne s'intéressait au numérique. La vice-chancelière de l'époque, Hanna Muralt Müller, m'a encouragée à combler cette lacune. Je me suis donc associée à Matthias Stürmer, actuellement directeur du Parldigi et directeur de l'institut de recherche sur la durabilité numérique de l'Université de Berne, et à mon collègue du Conseil national Christian Wasserfallen (PLR) pour fonder le «Groupe Parlementaire pour une Informatique Durable». L'équipe de base de Parldigi réunit un-e représentant-e de chaque groupe parlementaire. Nous avons commencé à obtenir des résultats en dialoguant directement avec des décideurs au sein de l'administration fédérale. Aujourd'hui, c'est vers nous que se tournent l'administration fédérale et le Conseil fédéral lorsqu'ils ont besoin de connaître la position du Parlement sur des questions ayant trait au numérique.

Au début de la transition numérique, on a principalement entendu s'exprimer des représentant-e-s du monde de l'entreprise, la plupart du temps pour en exposer les avantages techniques. C'est un débat que presque personne ne comprend.

Pour accompagner et piloter cette évolution, il faut que les questions en lien avec le numérique fassent l'objet d'un débat de société, auquel participent tous les partis politiques et tous les genres. Nous devons mettre en évidence les avantages du numérique pour la population.

**Pourquoi votre groupe s'intitule-t-il «pour une Informatique Durable»?**

Parce qu'au début nous nous sommes concentré-e-s sur les achats durables. Nous avons critiqué la politique d'achats de la Confédération lorsqu'elle

«La transformation numérique n'est pas comme la météo. Nous ne sommes pas obligés de la subir.»

prétendait que seul Microsoft avait des solutions à apporter. Nous militons pour que les produits informatiques en particulier et les produits numériques en général soient en libre accès.

L'application Covid est un exemple de produit informatique durable. Nous avons accompagné de près le processus pour nous assurer que les principes de l'Open Access, de l'Open Data et de l'Open Source<sup>1</sup> étaient respectés, c'est-à-dire par exemple que le code-source soit ouvert et que la protection des données soit garantie.

**Le programme de législature 2019–2023 du Conseil fédéral veut donner plus de poids au numérique. Sa ligne directrice 1 est ainsi formulée: «La Suisse assure durablement sa prospérité et saisit les chances qu'offre le numérique». Cela vous satisfait-il?**

Cette ligne directrice est importante à mes yeux. Mais un programme de législature, c'est toujours un peu abstrait. Ce qui nous importe au final, c'est sa mise en pratique. Il faut que quelqu'un concrétise la ligne directrice et contrôle son application, en étroite concertation avec l'administration fédérale et le Conseil fédéral. C'est précisément notre tâche.

**Lorsque l'on étudie différents rapports du Conseil fédéral, du Secrétariat d'Etat à l'économie SECO ou du Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation SEFRI sur le numérique<sup>2</sup>, on remarque que la question du genre n'est quasiment pas abordée dans le débat au niveau fédéral. La Suisse est-elle insensible à la dimension du genre en ce qui concerne le numérique?**

Je crois qu'il en va dans le domaine du numérique comme dans n'importe quel autre domaine: il faut mettre en évidence les lacunes et les défis du point de vue de l'égalité. Nous sommes actuellement à un tournant en ce qui concerne l'intelligence artificielle et l'automatisation. Les femmes doivent faire valoir leur point de vue avec plus de force. La technologie n'est pas neutre et les femmes doivent être présentes. Je leur lance donc un appel: il y a des métiers passionnants dans les technologies de l'information; si les femmes n'y participent pas, il y aura des discriminations. Cela s'applique aussi à d'autres catégories comme l'origine ethnique ou la religion. Nous avons besoin de diversité dans le

développement de ces technologies. Nous devons nous sentir concerné-e-s par ce qui se passe dans ce domaine. Nous devons considérer la transformation numérique comme un projet de société, et non pas comme un sujet purement technique.

**Des études récentes montrent que les personnes qui organisent la transformation numérique sont principalement des hommes blancs ayant des salaires confortables. Les produits techniques qu'ils développent laissent donc de côté la perspective des femmes, des non-Blancs et des bas salaires, voire sont discriminatoires. Que fait la politique pour changer cela?**

Cela fait longtemps que des efforts sont faits pour attirer les femmes vers les métiers techniques. Mais pour réussir, il faut montrer ce qui se passe actuellement. Le désintérêt des femmes pour le numérique n'arrêtera pas l'évolution en cours. Les processus sont déjà engagés et les choses ne s'arrangeront pas toutes seules. Il n'y a aucun développement possible sans le numérique ou en dehors du numérique. Il est donc essentiel de comprendre les évolutions dans ce domaine et de poser des questions critiques, notamment en ce qui concerne l'éthique numérique. Il est nécessaire de faire appel à d'autres qualifications pour attirer les femmes dans les métiers techniques: on a besoin de personnes qui ne sont pas seulement des geeks, mais qui soulèvent des questions éthiques, qui élaborent des algorithmes et qui constatent les discriminations. Je ne suis pas informaticienne, mais je sais poser les bonnes questions.

**Continuer à apprendre tout au long de sa carrière est de plus en plus important dans le contexte de la transformation numérique. Or, les statistiques indiquent que la formation continue bénéficie surtout aux personnes bien formées travaillant à temps plein. Les femmes travaillant à temps partiel dans des métiers à bas salaires en sont exclues. La transformation numérique accentue-t-elle cette fracture?**

À mon avis, nous sommes également à un tournant en ce qui concerne la formation continue. Aujourd'hui, ce sont les employeurs qui en sont responsables. Mais une mère célibataire qui travaille à temps partiel ne peut pas se libérer deux fois par semaine pour suivre des cours du soir. Nous avons

«Il n'y a aucun développement possible sans le numérique ou en dehors du numérique.»



compris aujourd'hui quelles opportunités offre le numérique. Globalement, ces technologies apporteront des gains de productivité et de temps. Mais ces gains doivent être réinjectés dans la société, par exemple sous la forme de formations continues pendant le temps de travail et avec la participation financière des employeurs et des pouvoirs publics. Les bilans professionnels sont un bon instrument. Certains cantons et certaines entreprises proposent aujourd'hui déjà aux travailleurs et travailleuses d'en faire régulièrement à partir de 40 ans. Car il ne sert à rien de foncer tête baissée dans n'importe quelle formation. Une formation continue doit avoir un but, en particulier dans les métiers où le changement est très rapide. Je l'ai moi-même vécu. Au départ, j'étais cheffe de gare. Lorsque j'ai fait mon apprentissage, les postes d'aiguillage étaient mécaniques. Dans mon métier, le changement technologique a été fulgurant: les aiguillages que l'on actionnait à la main ont été équipés de systèmes mécaniques puis électrifiés et enfin munis de dispositifs de pilotage électroniques. À mon avis, toutes les personnes de plus de 40 ans devraient avoir droit à un bilan professionnel tous les cinq ans. On pourrait mettre en place à cet effet des bons de formation continue.

### **Faut-il rendre la formation continue obligatoire?**

Je crains que ce soit contre-productif. Par contre, on peut trouver des solutions avec les partenaires sociaux pour que tout le monde puisse se former, en impliquant financièrement les pouvoirs publics.

### **Vous dites que les gains de productivité apportés par le numérique doivent être réinjectés dans la société. Mais à l'heure actuelle, on voit surtout de grands groupes réaliser des bénéfices énormes qui échappent à la fiscalité.**

Vous avez raison. L'imposition des grands groupes est une question capitale. Mais ils n'ont généralement pas leur siège en Suisse. D'où l'importance de la coopération internationale, notamment avec l'UE. Nous constatons toutefois que les recettes fiscales ne proviennent plus exclusivement des grands acteurs du domaine, mais qu'elles sont alimentées par une variété d'entreprises IT.

### **Dans ses rapports, le Conseil fédéral relève le potentiel du télétravail dans le contexte de la transformation numérique. Il estime qu'il devient plus facile de concilier famille et métier. Mais des critiques mettent en garde contre le risque que l'activité professionnelle empiète sur la vie privée et que la flexibilisation se fasse non pas à l'avantage des salarié-e-s, mais au prix d'un accroissement des exigences auxquelles ils et elles doivent répondre. Quelle est votre appréciation sur la question?**

Je préfère parler de travail mobile, qu'il soit accompli dans le train, à la maison ou dans un espace de co-working. Il faut adopter une réglementation qui régisse aussi la protection des travailleurs et des travailleuses. La crise du coronavirus a mis en évidence les avantages et les inconvénients du travail mobile. Beaucoup ont apprécié d'être en home-office. Mais la charge de travail n'était souvent pas la même qu'en temps normal: pour beaucoup, elle était plus légère. On a vu les risques également. Ainsi, ce sont surtout les femmes qui ont pris en charge l'enseignement à distance et les autres tâches éducatives, en plus du home-office. Elles ont été écrasées de travail. Nous devons avoir un débat sur le travail mobile dans le contexte de la politique de société et de la politique de l'égalité. Il y a en outre des questions qui relèvent du partenariat social, auxquelles chaque secteur d'activité doit répondre, ainsi que des questions relatives aux salaires et au temps de travail. Le travail mobile donne une certaine liberté, mais il requiert en contrepartie des compétences et des délimitations claires. Il est important de trouver des solutions qui nous font avancer sur le plan macro-économique.

### **Voyez-vous le numérique plutôt comme une chance ou comme un risque pour la société?**

La transformation numérique est très clairement une chance. Surtout parce que, contrairement à ce que la plupart des gens croient, nous avons les moyens de l'organiser et de la piloter. Mais cela suppose que nous comprenons cette évolution et que nous réfléchissons à l'orientation que nous voulons lui donner. Nous aurons toujours besoin

«La transformation numérique doit être avant tout au service de l'être humain, pas au service du profit.»

d'êtres humains et de machines, mais il faut clarifier et organiser la distribution des rôles. La transformation numérique doit être avant tout au service de l'être humain, pas au service du profit.

### Qu'attendez-vous du Conseil fédéral?

Je souhaite que le Conseil fédéral prenne des décisions pour le bien de la population. Les solutions retenues doivent être utiles aux gens, renforcer l'attrait du site économique suisse et reposer sur une large diversité de perspectives afin de ne pas être une source de discriminations.

### Que peut faire la CFQF?

La CFQF peut expliquer les évolutions actuelles et y sensibiliser la population. La transformation numérique n'est pas comme la météo: nous subissons le soleil ou la pluie, mais nous avons le pouvoir de façonner la transformation numérique, et la CFQF peut nous le montrer. Elle peut apporter une contribution solide au débat, particulièrement en ce qui concerne les aspects éthiques.

Traduction: Catherine Kugler

---

**Bettina Fredrich**, docteure en géographie et économiste, est responsable du secrétariat de la Commission fédérale pour les questions féminines CFQF.

### Notes

- 1 Cela signifie que les résultats des recherches et les données provenant de la communauté scientifique et de l'administration sont librement accessibles (Open Access et Open Data) et que les logiciels sont mis à disposition avec un code-source ouvert et des licences permettant de continuer à les développer librement (Open Source).
- 2 Conseil fédéral: Conséquences de la numérisation sur l'emploi et les conditions de travail: opportunités et risques, 2017; SEFRI: Défis de la numérisation pour la formation et la recherche en Suisse, 2017; SEFRI: Plan d'action pour le numérique: renforcer la formation et la recherche, 2017; Confédération suisse: Stratégie Suisse numérique, 2018; Confédération suisse: Plan d'action Suisse numérique, 2018; SECO: L'évolution des emplois atypiques précaires en Suisse, 2017.

Le «**Groupe Parlementaire pour une Informatique Durable**» (Parldigi) a été fondé en 2009. Il compte aujourd'hui 40 membres issus de presque tous les partis représentés au Parlement fédéral. Edith Graf-Litscher (conseillère nationale PS) et Franz Grüter (conseiller national UDC) en partagent la présidence. L'équipe de base se compose de cinq membres représentant différents groupes parlementaires. Le Parldigi a publié en juin 2020 une prise de position sur les enseignements de la crise du Covid-19 pour la transformation numérique. Il y demande notamment l'application des principes de l'Open Access et de l'Open Data dans l'administration et la science, la participation de la société civile et des plans pour accélérer la transition numérique de l'administration, du Parlement et de la justice.

## «Dobbiamo vedere la digitalizzazione come una questione politico-sociale»

Oltre dieci anni fa, è stato istituito il «gruppo parlamentare per la sostenibilità digitale» (Parldigi) che osserva e accompagna gli sviluppi digitali e fornisce consulenza alle parti interessate a livello federale. Abbiamo parlato con la sua copresidente **Edith Graf-Litscher** delle sfide della digitalizzazione.

Intervista: Bettina Fredrich



Edith Graf-Litscher

**Signora Graf-Litscher, può dirci com'è nato il «gruppo parlamentare per la sostenibilità digitale» (Parldigi) di cui Lei è copresidente?**

Quando nel 2005 sono stata eletta in Consiglio nazionale quasi nessuno si occupava di digitalizzazione. L'allora vicecancelliera federale Hanna Muralt Müller mi ha incoraggiata a colmare questa lacuna. Così, insieme a Matthias Stürmer in veste di manager (oggi capo dell'Istituto per la sostenibilità digitale dell'Università di Berna) e a Christian Wasserfallen (PLR), mio collega alla Camera del popolo, ho costituito il gruppo parlamentare interpartitico per la sostenibilità digitale. Oggi il nucleo è composto da un membro di ciascun gruppo parlamentare. Abbiamo ottenuto alcuni risultati grazie ai colloqui diretti con le persone che prendono le decisioni in seno all'Amministrazione federale. Oggi sia quest'ultima sia il Consiglio federale ci interpellano quando si tratta di tastare il polso del Parlamento su questioni digitali.

All'inizio della digitalizzazione erano quasi esclusivamente gli imprenditori e le imprenditrici a esprimersi sull'argomento; i loro discorsi vertevano perlopiù sui vantaggi tecnici ed erano incomprensibili ai più.

Per accompagnare e pilotare lo sviluppo, le questioni digitali devono essere discusse a livello socio-politico, coinvolgendo tutti i partiti ed entrambi i generi. Dobbiamo mostrare i vantaggi per la popolazione.

**Perché il nome del gruppo contiene l'espressione «sostenibilità digitale»?**

In un primo momento, il gruppo si è occupato soprattutto di acquisti sostenibili. Abbiamo criticato gli acquisti che la Confederazione ha effettuato senza gara d'appalto affermando che «questo, solo Microsoft è in grado di farlo». Oggi ci impegniamo affinché i prodotti digitali siano accessibili al pubblico.

«La digitalizzazione non è come il tempo che dobbiamo accettare.»

Un esempio attuale di sostenibilità digitale è l'applicazione SwissCovid. Abbiamo seguito da vicino il suo sviluppo per sincerarci che l'open access, gli open data e l'open source<sup>1</sup> fossero garantiti, in particolare che il codice sorgente fosse aperto e la protezione dei dati assicurata.

**Nel programma di legislatura 2019–2023, il Consiglio federale attribuisce alla digitalizzazione un peso maggiore. L'indirizzo politico 1 recita infatti: «La Svizzera assicura durevolmente la sua prosperità e sfrutta le opportunità offerte dalla digitalizzazione». È soddisfatta di questo obiettivo?**

A mio parere è importante che la rotta si tracciata. Poi, è nella natura di un programma di legislatura volare alto. Per noi, in ultima analisi, è l'attuazione pratica che conta. Abbiamo bisogno di qualcuno che concretizzi e controlli l'indirizzo politico in stretta collaborazione con l'Amministrazione federale e il Consiglio federale. Il nostro compito è proprio questo.

**Esaminando diversi rapporti del Consiglio federale, della Segreteria di Stato dell'economia SECO o della Segreteria di Stato per la formazione, la ricerca e l'innovazione SEFRI<sup>2</sup> si nota che il genere non viene quasi mai affrontato nel dibattito sulla digitalizzazione a livello federale. Si può affermare che al riguardo la Svizzera sia cieca?**

Non credo che la digitalizzazione funzioni in modo diverso di altri processi, ma dobbiamo individuare le lacune e le sfide dal punto di vista della parità di genere. Oggi, soprattutto nel campo dell'intelligenza artificiale e dell'automazione siamo a un punto di svolta. Un maggiore coinvolgimento delle donne è imperativo. Dato che la tecnologia non è neutrale, le donne non possono mancare e perciò mi appello anche a loro: l'IT è un settore professionale molto avvincente, se non ne fate parte, si creeranno discriminazioni. Lo stesso vale anche per altre categorie come la «razza» e la religione. Abbiamo bisogno di diversità nello sviluppo della tecnologia. Non possiamo rimanere indifferenti a quanto accade su questo fronte. Dobbiamo vedere la digitalizzazione come una questione politico-sociale anziché come una questione puramente tecnica.

«Poiché non c'è progresso senza o al di là della digitalizzazione»

**Gli studi indicano che oggi le persone che stanno plasmando la digitalizzazione sono soprattutto uomini bianchi e ben pagati. I prodotti tecnologici esistenti trascurano pertanto la prospettiva delle donne, dei non bianchi e delle persone a basso reddito o sono addirittura discriminatori. Cosa fa la politica per cambiare questa situazione?**

Da tempo si sta cercando di accrescere il numero di donne che scelgono una professione tecnica, ma per raggiungere questo obiettivo bisogna mostrare cosa sta accadendo in questo momento. Il disinteresse delle donne nei confronti della digitalizzazione non può fermare lo sviluppo. E non andrà tutto bene, perché i processi sono già in corso. Poiché non c'è progresso senza o al di là della digitalizzazione, è importante capire gli sviluppi digitali e porre domande critiche, specialmente sull'etica digitale. Per convincere più donne a intraprendere una professione tecnica serve un altro profilo, non basta il maniaco del computer, ci vogliono persone che sollevano domande etiche, che creano algoritmi e individuano discriminazioni. Nemmeno io sono un'esperta di computer, ma so porre le domande giuste.

**L'apprendimento permanente sta diventando sempre più importante nel contesto della digitalizzazione. Uno sguardo alle statistiche rivela che oggi sono soprattutto i dipendenti a tempo pieno e con una buona istruzione a seguire una formazione continua, mentre le donne che percepiscono un reddito basso e lavorano a tempo parziale ne sono escluse. La digitalizzazione sta accentuando questa società a due velocità?**

A mio modo di vedere, siamo a un punto di svolta anche nel campo della formazione continua. Attualmente, la responsabilità in questo ambito è nelle mani dei lavoratori e delle lavoratrici. Ma una madre single che lavora a tempo parziale non può anche frequentare un corso serale due volte a settimana. Oggi ci rendiamo conto delle opportunità offerte dalla digitalizzazione. In generale, la tecnologia ci permette di guadagnare in produttività e tempo. Ma tali guadagni devono essere restituiti alla società, ad esempio sotto forma di formazione continua durante l'orario di lavoro e con il cofinanziamento da parte dei datori di lavoro e dell'ente

pubblico. Un altro strumento valido è il bilancio delle competenze che già oggi alcuni Cantoni e alcune aziende offrono regolarmente ai propri collaboratori dai 40 anni in su. In effetti, è del tutto inutile partecipare a casaccio a qualsiasi corso capiti sotto tiro. Le formazioni continue devono essere mirate. Soprattutto quando una professione cambia molto velocemente. L'ho vissuto anch'io in prima persona. Inizialmente io ero capostazione e quando ho concluso l'apprendistato lavoravo ancora in una cabina di blocco meccanico, ma nel mio campo lo sviluppo tecnologico è stato rapidissimo e in battibaleno si è passati dall'azionamento manuale al comando meccanico, elettrico e infine elettronico. Secondo me, oggi le persone over 40 dovrebbero poter usufruire di un bilancio delle competenze ogni cinque anni, ad esempio tramite buoni per la formazione continua.

### **Bisogna rendere obbligatoria la formazione continua?**

Penso che sia controproducente obbligare le persone a seguire una formazione continua. Ma attraverso finanziamenti da parte dell'ente pubblico e soluzioni concordate tra le parti sociali è possibile renderla fruibile a tutti.

### **Lei sostiene che i guadagni di produttività generati dalla digitalizzazione devono essere restituiti alla società. Attualmente, però, grazie a questo fenomeno soprattutto i grandi gruppi stanno realizzando enormi profitti non tassabili.**

Ha ragione, la tassazione dei grandi gruppi è fondamentale, ma molti hanno la loro sede all'estero. La cooperazione internazionale, anche con l'UE, è quindi importante. Oggi, tuttavia, constatiamo anche che sempre più spesso le entrate provengono da diverse imprese IT e non più esclusivamente dai grandi player.

### **Nei suoi rapporti, il Consiglio federale sottolinea il potenziale del telelavoro nel contesto della digitalizzazione. In particolare sostiene che conciliare famiglia e lavoro diventerà più facile. I critici mettono però in guardia da un dissolvimento dei confini del lavoro e dal rischio che la flessibilizzazione non si traduca in vantaggi per i lavoratori e le lavoratrici bensì in pretese nei loro confronti. Come valuta questo scenario?**

Io preferisco parlare di lavoro mobile, che sia in treno, a casa o in uno spazio di co-working, e ritengo che in questo ambito vadano fissate regole anche per quanto riguarda la protezione dei lavoratori e delle lavoratrici. La crisi causata dal coronavirus ha messo in luce i punti forti e deboli di questa modalità di lavoro. Molte persone si sono dette soddisfatte dell'home office, ma spesso il carico di lavoro non corrispondeva al volume consueto e molte avevano meno da fare rispetto a prima. Tra i rischi è emerso ad esempio che, durante il lockdown, moltissime donne, oltre a lavorare da casa, hanno anche seguito la scuola a distanza e si sono pure prese cura dei figli. Il carico sulle loro spalle era immane. La discussione sul lavoro mobile va condotta a livello di politica sociale e della parità. Vi sono inoltre questioni legate al partenariato sociale che richiedono risposte specifiche per ciascun settore, e altre ancora relative all'orario di lavoro e ai salari. Se da un lato il lavoro mobile offre libertà, dall'altro richiede competenze e confini chiari. Al riguardo, è importante trovare soluzioni che ci facciano progredire economicamente.

### **Secondo Lei, la digitalizzazione è più un'opportunità o più un rischio per la società?**

La digitalizzazione è chiaramente un'opportunità. Soprattutto perché, al contrario di quanto comunemente si creda, possiamo plasmarla e pilotarla. Per poterlo fare, però, dobbiamo capirla e riflettere su cosa vogliamo e in quale direzione bisogna procedere. L'essere umano e la macchina ci vorranno sempre, ma i ruoli vanno chiariti e definiti. La digitalizzazione deve in primo luogo tornare utile alla persona e non al profitto.

---

«La digitalizzazione deve in primo luogo tornare utile alla persona e non al profitto.»

### Cosa si aspetta dal Consiglio federale?

Mi aspetto che il Consiglio federale prenda le sue decisioni per il bene della popolazione. Le soluzioni devono recare beneficio alle persone, rafforzare la piazza economica svizzera e godere di un ampio sostegno in termini di diversità, in modo da evitare discriminazioni.

### Dove dovrebbe attivarsi la CFQF?

La CFQF può evidenziare gli sviluppi attuali e sensibilizzare l'opinione pubblica al riguardo. Può mostrare che la digitalizzazione non è come il tempo, che dobbiamo accettare indipendentemente che piova o che splenda il sole, ma può essere plasmata. Infine, soprattutto per quanto riguarda gli aspetti etici può fornire un contributo credibile.

Traduzione: Sandra Verzasconi Catalano

---

**Bettina Fredrich**, Dr. phil. nat., geografa ed economista, è responsabile del Segretariato della Commissione federale per le questioni femminili CFQF.

### Note

- 1 Ciò significa che i risultati della ricerca e i dati della scienza e dell'amministrazione pubblica sono liberamente disponibili e accessibili (open access e open data) e che il software è messo a disposizione con codice sorgente aperto e sotto licenze che ne consentono l'ulteriore libero sviluppo (open source).
- 2 Consiglio federale: Conséquences de la numérisation sur l'emploi et les conditions de travail: opportunités et risques, 2017; SEFRI: Défis de la numérisation pour la formation et la recherche en Suisse, 2017; SEFRI: Plan d'action pour le numérique: renforcer la formation et la recherche, 2017; Confederazione svizzera: Strategia Svizzera digitale, 2018; Confederazione svizzera: Piano d'azione Svizzera digitale, 2018; SECO: L'évolution des emplois atypiques précaires en Suisse, 2017.

Il «gruppo parlamentare per la sostenibilità digitale» (Parldigi) è stato istituito nel 2009 e oggi è composto da poco meno di 40 esponenti di quasi tutti i partiti rappresentati in Parlamento. La copresidenza è detenuta da Edith Graf-Litscher (consigliera nazionale SP) e Franz Grüter (consigliere nazionale UDC). Il nucleo è formato da cinque persone di diversi gruppi parlamentari. Nel giugno del 2020, Parldigi ha pubblicato una presa di posizione sugli insegnamenti tratti dalla pandemia da coronavirus per la digitalizzazione, in cui chiede tra l'altro l'attuazione dell'open access e degli open data nell'amministrazione pubblica e nella scienza, il coinvolgimento della società e piani rapidi per la digitalizzazione dell'amministrazione pubblica, del Parlamento e della giustizia.